**Absender
FDP-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0388/2020

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
FDP-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 01.09.2020**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der FDP-Fraktion vom 10.08.2020 (eingegangen am
17.08.2020): „Prüfauftrag zur Errichtung eines neuen Spielplatzes in
Refrath“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 10.08.2020 (eingegangen am 18.08.2020) beantragt die FDP Fraktion, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung

1. Eine Planung für einen neuen Spielplatz im Westen von Refrath vorzulegen.
2. Zu prüfen, ob im Sinne von 1. die Fläche am Rinderweg geeignet ist.
3. In die Spielplatzplanung die kurzfristige Einrichtung des Spielplatzes aufzunehmen.
4. In die Gestaltung des Spielplatzes die Refrather Kinder in geeigneter Weise einzubeziehen.“

Das Schreiben der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO).

Gemäß § 11 ZuO nimmt der Jugendhilfeausschuss Aufgaben der Jugendhilfe wahr. Nach § 1 Absatz 3 Ziffer 4 SGB VIII trägt die Jugendhilfe dazu bei, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Die Planung für einen neuen Spielplatz schafft eine familienfreundliche Umwelt und fällt somit in das Aufgabengebiet der Jugendhilfe. Demnach wäre der Antrag ohne Aussprache zur Beratung an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Zudem berührt die Thematik gemäß §13 Absatz 3 Ziffer 5 ZuO den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr, welcher über sämtliche Hochbau-, Tiefbau- und Landschaftsmaßnahmen einschließlich der zugehörigen Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge des Kernhaushaltes und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen unter Berücksichtigung der in § 5 ZuO festgelegten Wertgrenzen entscheidet.

Demnach wäre der Antrag ohne Aussprache zur Beratung an den Jugendhilfeausschuss und zur Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zu überweisen.